



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Auf Grund der Bestimmungen des § 18 Ziffer 2 des Verbandsstatuts wird hiermit der

VIII. ordentliche Verbandstag

zum Montag, den 29. Juni 1925 und folgende Tage nach Hamburg, „Gewerkschaftshaus“, Bejenbinderhof 57,

einberufen.

Anträge der Fachstellen sind bis spätestens 4. April 1925 beim Verbandsvorstand einzureichen; später eingehende Anträge können nicht mehr richtigemäßig berücksichtigt werden.

Die Bekanntgabe der Delegiertenzahl sowie die Veröffentlichung der Wahloberschriften erfolgt am 2. Mai.

Der Verbandsvorstand.
E. Pucher, 1. Vorsitzender.

Der Ruhrenschädigungsstand.

Die deutsche Reichsregierung hat der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rund 700 Goldmillionen als Entschädigung überwiesen. Diese Liebesgabe macht ungefähr den zehnten Teil des Gesamtinkommens des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben im Laufe eines Jahres, mehr als die Ausgaben Frankreichs und Belgiens für den Ruhrkrieg und fällt den Beitrag der Dawes-Auslandsanleihe aus. Sie wird aus den Steuererträgen des Volkes bezahlt werden müssen und die Ironie des Schicksals will es, daß die wirklichen Opfer des Ruhrkampfes, die Arbeiter, Beamten und Angestellten in Rheinland und Westfalen, die den Ruhrkrieg noch lange nicht überwunden haben und schwer unter der Industrieresse leiden, aufs neue belastet werden. An sie, die wirklichen Helden an der Ruhr, von denen der Ausgang des Riesenkampfes abhing, hat diese Regierung nicht gedacht, als sie den Großen die Liebesgabe gab. Diese Regierung stellt sich damit auf eine Stufe mit jener Schwerindustrie, die bei den Massen, als der Ruhrkampf abgeklungen wurde, den Eindruck hinterließ, daß sie nicht handelte, wie es einem redlichen Mitkämpfer um die Freiheit des Bodens und die Freiheit der Arbeit zutem.

Die Regelung zwischen der Industrie und der Regierung wurde in aller Heimlichkeit getroffen: als die Millionen schon ausbezahlt wurden, erfuhr das deutsche Volk, das sie bezahlen mußte, in einer harmlosen Zeitungsnote nichtig von den getroffenen Abmachungen. Erst auf energische Vorstellungen der Arbeitervertreter wurde die ungewöhnliche Tatsache bekannt. Wie die Abmachungen im einzelnen aussehen, ist heute noch dunkel. Schwerindustrie und Geheimratsbureaucratie haben eben die Köpfe zusammengesetzt und den Steuerzahler diktiert. Die Angelegenheit erscheint selbstverständlich in keinem günstigen Licht, wenn man hört, daß ein bekannter Regierungsbeamter, der an dem Abkommen an erster Stelle mitgearbeitet hat, demnachst eine leitende Stelle im Reichsverband der deutschen Industrie übernehmen soll.

Wie groß muß der Einfluß der Schwerindustrie auf diese Regierung sein, wenn sie solche Dinge im Handumdrehen beizugehen? Damit wird aber ein sehr dunkler Punkt in unserem Staats- und Wirtschaftsleben überhaupt berührt. Man hat jahrelang in Deutschland von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung fabuliert. Man meinte damit die Aktionen der Gewerkschaften um Beseitigung wirtschaftlicher Mißstände oder Durchführung durch Gesetz festgelegter Rechte der Arbeiterschaft. Die Leute aber, die mit dem Märchen von der Nebenregierung der Gewerkschaften ihre politischen Wünsche machten, vergaßen, daß Deutschland heute eine Schwerindustrie hat, daß diese von einer Handvoll Leuten beherrscht wird und daß diese Herrscher heute in Deutschland wirklich regieren. Sie sind die Hauptregierung - nicht zum Vorteil Deutschlands, nicht zum Vorteil der deutschen Wirtschaft. Diese Industrieherren, die es während der Inflation selbst hatten, mit wirtschaftlichen Erfolgen zu prunkten, die auf alles, Staats- und Gemeindebetriebe, das nicht mit Stimmensmethoden arbeitete, mitteilbar herumerblickten, haben sich während der Wirtschaftskrise abgesetzt nicht als die großen Wirtschaftskritiker hingewiesen. Wie oft wurde nicht das eigene Profitinteresse über die Bedürfnisse der Wirtschaft gestellt, so daß mancher in Deutschland, der früher mal dem Märchen von der gewerkschaftlichen Nebenregierung Glauben schenkte, sich jetzt, nachdem er klar sah, ehrlich gestand, daß mehr gewerkschaftliche Nebenregierung nur am Platze sein dürfte. Das liegt in der Natur der Sache: während der Privatkapitalist nur auf den Profit sieht, müssen die Gewerkschaften das Wohl der Gesamtwirtschaft im Auge behalten, von der ja die ganze Arbeiterschaft, die sich in den Gewerkschaften

Tarifliche Mindestlöhne für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal, gültig ab 28. Februar 1925

Männliche Hilfsarbeiter.

Ortszugehörigkeit	über 24 Jahre		21-24 Jahre		19-21 Jahre		17-19 Jahre	
	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn	Wochenlohn	Stundenlohn
0 Prozent	27,72	58	23,52	49	21,-	44	17,64	37
2 1/2	28,41	59	24,11	50	21,58	45	18,08	38
5	29,11	61	24,70	51	22,05	46	18,52	39
7 1/2	29,80	62	25,28	52	22,52	47	18,96	40
10	30,49	63	25,87	53	23,00	48	19,40	41
12 1/2	31,19	65	26,46	55	23,68	49	19,85	42
15	31,88	66	27,05	56	24,15	50	20,29	43
17 1/2	32,57	68	27,64	58	24,68	51	20,73	44
20	33,26	70	28,22	59	25,20	52	21,17	45
22 1/2	33,95	71	28,81	60	25,73	53	21,61	46
25	34,65	72	29,40	61	26,25	54	22,05	47
Hannover	35,28	74	30,24	63	27,22	57	23,18	48
Dresden, München, Stuttgart	36,02	75	30,87	64	27,78	58	23,67	49
Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Leipzig	36,75	77	31,50	66	28,35	59	24,15	50

Weibliche Hilfsarbeiter.

Ortszugehörigkeit	Anlegerinnen						Hilfsarbeiterinnen					
	über 21 Jahre		19-21 Jahre		17-19 Jahre		über 21 Jahre		19-21 Jahre		17-19 Jahre	
0	18,82	39	17,47	36	15,79	33	15,12	32	13,78	29	12,43	26
2 1/2	19,29	40	17,91	37	16,19	34	15,50	33	14,12	29	12,74	27
5	19,76	41	18,35	38	16,58	35	15,83	34	14,46	30	13,05	27
7 1/2	20,23	42	18,78	39	16,98	35	16,25	34	14,81	31	13,36	28
10	20,70	43	19,22	40	17,37	36	16,63	35	15,15	32	13,68	29
12 1/2	21,17	44	19,66	41	17,77	37	17,01	35	15,50	32	13,99	29
15	21,64	45	20,00	42	18,16	38	17,39	36	15,84	33	14,30	30
17 1/2	22,11	46	20,53	43	18,56	39	17,77	37	16,19	34	14,61	30
20	22,58	47	20,97	44	18,95	39	18,14	38	16,53	34	14,92	31
22 1/2	23,05	48	21,40	45	19,35	40	18,52	39	16,88	35	15,23	32
25	23,52	49	21,84	46	19,74	41	18,90	39	17,22	36	15,54	32
Hannover	24,00	51	22,28	48	20,07	44	20,16	42	18,55	39	16,03	35
	25,11*	52*	23,40*	49*	21,40*	45*	20,58*	43*	18,93*	39*	17,29*	36*
	25,62†	53†	23,94†	50†	21,84†	46†	21,-†	44†	19,32†	40†	17,64†	38†

* Dresden, München, Stuttgart.

† Berlin, Frankfurt a. M., Köln, Hamburg, Leipzig.

In Orten bis einschließlich 10 Prozent Ortszugehörigkeit, in denen insgesamt nicht mehr als 20 Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen beschäftigt sind, ermäßigen sich die vorstehenden Sätze um 10 Proz. (§ 4 Ziffer 5 des Reichsttarifs).

organisiert, abhängt. Die Politik der Gewerkschaften darf nur eine Wirtschaft kennen, für die sich das ganze Volk als dienendes Glied einsetzt, damit von ihrer Prosperität alle Vorteile haben. Die Politik des Privatkapitalismus kennt nur Interessen und Opfer. Diese beherzigen den Staat und ziehen aus ihm den Nutzen, jene sind die Objekte der Ausbeutung. Diese streifen die 700 Millionen Liebesgaben ein, jene bezahlen sie.

Daß das anders wird in der Republik, ist die historische Aufgabe der Arbeiterschaft. Damit wird dem sozialistischen Wirtschaftsideal der Weg geebnet: Hingabe des einzelnen für die Allgemeinheit, auch in der Wirtschaft. Wir werden ja hoffentlich bald erfahren, wie der 700-Millionen-Liebesgaben-Vertrag zustandekommt. Bieleicht werden wir hören, daß die Regierung sich schon 1923 dazu verpflichtet hatte, daß sie es tun mußte, um die Schwerindustrie zu einer Politik zu bewegen, die dem Reiche Westfalen und das Rheinland erhielt. Sollte das der Fall sein, so wäre die Ruhrenschädigungsaffäre ein typisches Beispiel für den Patriotismus der Schwerindustrie.

Bundesausschuffung des ADGB.

Der Bundesausschuß trat am 27. Januar zu einer dreitägigen Konferenz zusammen. Der Bundesvorsitzende Geipark leitete die Verhandlungen ein mit einem Hinweis auf die erfolgte Neubildung der Reichsregierung im Zeichen des Rechtsblocks und die daraus sich ergebenden Gefahren für die Republik und die Arbeiterklasse. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, die Republik gegen jeden Angriff zu verteidigen.

Sodann ehrte der Bundesausschuß das Andenken des verstorbenen Vorsitzenden des Böttchererbandes, R. Winkelmann, durch Erheben von den Plätzen.

Den Geschäftsvorbericht des Bundesvorsitzenden erläuterte Herrmann Müller. Die Gewerkschaften befinden sich wieder in fortschreitender Entwicklung, die sich zwar noch nicht aus der Statistik, aber aus zahlreichen Er-

fahrungen bestätigt. Auch die Gefahr der kommunistischen Zerstörung könne als überwunden betrachtet werden, dank des scharfen Eingreifens der Gewerkschaftsleitungen. Im Ortsauschuß Gotha habe der Bundesvorstand durch rasches Zugreifen eine Gesundung herbeigeführt. Die Gewerkschaftszeitung habe nach dem Abbau wieder die alte Höhe erreicht, die Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung erscheine seit Januar dieses Jahres wieder und die wissenschaftliche Monatschrift „Die Arbeit“ habe sich gut eingeführt. Was das Jahrbuch betreffe, seien sich steigenden Absatzes. Um so notwendiger sei aber nunmehr auch der Ausbau der Verwaltungseinrichtungen. Der Bauarbeiterchuß erfordere wieder einen besoldeten Sekretär. Auch die sozialpolitische Abteilung des Bundesvorstandes bedarf weiterer Kräfte, und von den Bezirken müsse vor allem der Freistaat Sachsen eine besoldete Kraft erhalten. Gegen die vom Ortsauschuß Bremen erfolgte Beitragsfestsetzung von 20 Pf. pro Monat hatte der Fabrikarbeiterverband wegen der Höhe und Begründung Einspruch erhoben. Der Bundesvorstand ersuchte diesen Einspruch als gerechtfertigt. Müller berichtete dann von den Verhandlungen der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf über den Achtstundentag und das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien, über die Vorbereitungen für die diesjährige Heimarbeitersammlung, über das Eingreifen des Bundesvorstandes in die Reichstagswahlen, über die Wahlen zum Reichsversicherungsamt, über die Verhandlungen zur Inanspruchnahme, über Arbeitsbeschaffung sowie über genossenschaftliche Beziehungen.

Nach längerer Aussprache wurde darüber ein Einverständnis erzielt, daß der Bundesvorstand bei der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Sinne der Forderung des Verbandes der Rahmnamemittelarbeiter für das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien eintrete. Der Einheitsbund des Bundesvorstandes in Sachen des Ortsauschußes Bremen schloß sich der Bundesausschuß an.

Sodann berichtete Gröschmann über die Beratungen der Kommission betr. Industriesverbände. Diese Kommission war nach dem Leipziger Gewerkschaftstongress eingeseht worden, um einen Organisationsplan auszuarbeiten

und vorzulegen. Sie hat zu diesem Zweck einen engeren Ausschuss eingesetzt, der mit den einzelnen Verbänden über ihre Ansprüche verhandeln sollte. Aus den schriftlichen Vorschlägen der Verbände ergab sich ein Bild der mannigfaltigen Bedürfnisse und Forderungen, die einander scharf entgegenge-
 setzt sind. Diese Gegensätze sollen nunmehr durch mündliche Verhandlungen ausgeglichen werden. Da die Verhandlungen noch im Gange sind, wurde der Bericht nur zur Kenntnis genommen. Nicht minder ernste Differenzen ergaben sich aus den vom gleichen Berichterstatter vorzutragenden Grenzstreitigkeiten, von denen der eine zwischen dem Steinarbeiterverband und dem Baugewerksbund durch ein Schiedsgericht erledigt werden soll. Da es sich in diesem Falle um Nichtbeachtung einer durch Urabstimmung beschlossenen Lebertritsentscheidung handelt, so sprach der Bundesausschuss schon jetzt seine Auffassung dahin aus, daß solche Lebertritsentscheidungen durch Urabstimmung unter allen Umständen zu revidieren seien. Auch erklärte der Bundesausschuss, daß keine Namensänderung eines Verbandes ein Recht auf die Organisierung weiterer Bezirkskreise gäbe und daß die Bundeseinrichtungen alle angestrebten Organisationen schufen, so lange kein neues Organisationsrecht vom Gewerkschaftstages beschlossen worden sei.

Am dritten Tage wurde das Arbeitszeitgesetz beraten. H. Müller berichtete über die Berner Ministerkonferenz, von welcher noch kein übereinstimmender Ergebnisbericht vorliegt. Das Reichsarbeitsministerium habe die Auffassung, daß eine Lage Ausführung des geschlossenen Abkommens sich mit dem Waffenzug abstimmen nicht vereinbaren lasse, und wolle ein Mantelgesetz mit allgemeinen Vorschriften vorbereiten, dem eine Reihe von Ausführungsverordnungen für die einzelnen Industrien und Gewerbegebiete folgen sollten. Der Bundesvorstand wolle sich erst vergewissern, wie das Mantelgesetz aussehe und wohin dieser Ausführungsweg führe, ehe er abschließend darüber urteilen wolle. Die Hüttenarbeiterverordnung zum § 7 der Arbeitszeitverordnung sei als Erfolg für den Abstimmungstag zu begrüßen. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß der Abstimmungstag bei den Gewerkschaften viel besser aufgenommen sei als bei der Regierung. Die Aussprache bewegte sich im gleichen Sinne und führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung:

„Der Bundesausschuss des DGB. spricht sein Bestreben darüber aus, daß die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom 2. August 1924 das Washingtoner Abkommen über den Abstimmungstag noch nicht ratifiziert hat. Diese Unterlassung, wie auch die verpatete und langsame Durchführung des § 7 der noch geltenden Arbeitszeitverordnung lassen erkennen, daß der Reichsregierung der ernste Wille fehlt, den geschlossenen Abstimmungstag wiederherzustellen. Der Bundesausschuss erhebt Protest gegen diese Verhinderung, die sowohl für die deutschen Arbeiter wie für das Ansehen Deutschlands in der Kulturwelt unerträglich ist.“

Der Bundesausschuss verpflichtet erneut die Gewerkschaften, auch entgegen allen Widerständen an der achtstündigen Arbeitszeit festzuhalten und alle gewerkschaftlichen Mittel für deren baldige Wiederherstellung auf der ganzen Linie einzusetzen. Gleichzeitig wird der Bundesvorstand beauftragt, die Vorbereitungen für die Herbeiführung eines Volksentscheides zu beschleunigen, damit auf diesem Wege, wenn andere nicht zum Ziel führen, die Reichsregierung zur Wiederherstellung des geschlossenen Abkommens gezwungen wird. Von den Bezirks- und Ortsausschüssen des Bundes wird erwartet, daß sie entsprechend den Anweisungen des Bundesvorstandes ihre eigenen Kräfte für das Gelingen dieser Aktion einsetzen. Der Bundesvorstand wurde ermächtigt, seine Sozialpolitische Abteilung wieder auszubauen und Sachverständige als ständige Berater zu seinen sozialpolitischen Aktionen hinzuzuziehen.

Am dritten Tage befaßte sich der Bundesausschuss mit der Organisation des gewerkschaftlichen Bildungswesens. Knoll unterbreitete nach einem einleitenden Referat die Anträge des Bundesvorstandes, die einen Pflichtbeitrag der angeschlossenen Gewerkschaften für ihre Mitglieder zur Unterhaltung der Bildungseinrichtungen vorsehen. Bei diesen handelt es sich um die Wirtschaftsschulen in Berlin und Düsseldorf, um das Bildungsinstitut in Tübingen und um die Arbeiter-Akademie in Frankfurt a. M. In der Aussprache wurde empfohlen, diese Bildungseinrichtungen durch sukzessive Herstellung des Bildungsganges in einem geordneten Zusammenhang zu bringen. Die Ausbildung der Gewerkschaftsfunktionäre müsse in den Verbänden durch deren eigene Bildungsorgane ihren Anfang nehmen.

Als zweite Stufe kommen lokale Bildungskurse der Ortsausschüsse in Betracht. Die dritte Stufe bilde die Unterrichtsanstalt in Tübingen, die vierte die diversen Wirtschaftsschulen und als vorläufig oberste Stufe komme die Arbeiter-Akademie in Betracht, die allerdings eine gute Muscic vor-
 geschulter Kräfte voraussetzen müsse. In der entscheidenden Abstimmung wurde die Erhebung eines Kulturbeitrags von 5 Pf. pro Jahr und Mitglied gegen sieben Verbände (mit 4384 562 gegen 2366 936 Stimmen) beschlossen.

Sobald berichtete Grafmann über seinen Besuch der Gewerkschaftstages in den Vereinigten Staaten und Mexiko und über die dort angeknüpften Beziehungen mit den amerikanischen und mexikanischen Gewerkschaften, die durch Austausch der Veröffentlichungen und Erfahrungen, sowie durch gegenseitige Förderung von Studien befördert werden sollen. Bisher im Vorjahr war deutscherseits die Entsendung einer gewerkschaftlichen Studentomission nach Nordamerika geplant und den Vorläufen die Beteiligung nahegelegt worden. Da der Plan in den Vereinigten Staaten eine gute Aufnahme gefunden hat, so werden die Vorstände nunmehr ersucht, ihre Teilnehmer festzustellen. Die näheren Einzelheiten des Reiseplans sollen dann vereinbart werden.

Den letzten großen Verhandlungspunkt bildete die Zoll- und Handelspolitik, eingeleitet durch ein Referat des Sekretärs der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvorstandes, Eggert, der über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich, Belgien und Polen, über den Plan eines deutsch-französischen Eisenkartells zur Hochrechnung der Roheisenpreise, sowie über die Kongresse mit französischen und belgischen Gewerkschaften darüber berichtet. Als Ergebnis dieser Kongresse kann der einstimmige Wille der Gewerkschaften der beteiligten Länder festgehalten werden, den Handelsverträgen der Unternehmer entgegenzuwirken und auf den freien Warenaustausch hinzuwirken.

Nach einem Hinweis auf die bevorstehenden Betriebsräteahlen beschloß der Bundesausschuss einstimmig folgende Entschließung zur allgemeinen politischen Lage:

Arbeiter, schützt die Republik!

Der Sieg des Bürgerrechts im Reich, wie der Sturz der Koalitionsregierung in Preußen gefährden in weitestem Umfang die Rechte der Arbeiter, die Sicherheit der Verfassung, den Bestand der Republik.

Die deutsche Arbeiterpartei befindet sich einer Koalition der extremen Parteien von rechts und links gegenüber, die aus erklärten Feinden ihrer Ziele besteht — Feinden ihrer Staatsauffassung, ihrer Gemeinschaftsidee wie ihres Strebens nach Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft. Der Schutz der Republik, die Verteidigung der Verfassung ist den Gegnern der neuen Staatsform überantwortet worden.

Die demokratische Republik ist die einzige Gewähr, daß die Grundrechte der deutschen Arbeiterpartei gewahrt bleiben. Jedem Versuch, auf politischen Schlechweg oder durch Gewalt den alten Obrigkeitsstaat wieder an ihre Stelle treten zu lassen, muß der entschlossene Wille der gesamten deutschen Arbeiterpartei entgegengetreten, den jungen Freistaat gegen seine innerpolitischen Gegner mit allen Mitteln zu verteidigen.

Die Gewerkschaften haben zur Zeit des Kampfes gegen die Republik gegen ihre innerpolitischen Feinde zu kämpfen. Sie haben während des Kampfes nicht nur die Einheit des Reiches gegen die vertragsbrüchigen Staaten im Westen verteidigt, sondern auch gekämpft für den freiheitlichen Ausbau der Demokratie. Sie sind überzeuge Verfechter des republikanischen und demokratischen Gedankens. Sie sind sich bewußt, daß die Wiederehr der alten Systeme und die verbürgten Rechte beseitigen würde, die es ihnen ermöglichen, die Interessen des schaffenden Volkes gegen seine wirtschaftlichen und politischen Gegner wahrzunehmen. Ihr Einfluß auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung wäre unwiederbringlich dahin, der Weg wäre ihnen auf lange Zeit verlegt, ihr Ziel, die Gleichberechtigung der Arbeiter in der Wirtschaft, durchzusetzen. Der Schutz der Arbeitskraft vor willkürlicher Ausbeutung, der allein von der Macht der Gewerkschaften abhängt, wäre ihnen ebenso erschwert wie vor dem Kriege.

Der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt deshalb im Namen aller Zentralverbände, daß die Gewerkschaften mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Republik zu verteidigen entschlossen sind. Der Bundesausschuss verpflichtet die Gewerkschaften, den Feinden der Republik, gleichgültig in welchem politischen Lager sie sich befinden, Deutschlandonen

und Kommunisten, in geschlossener Front entgegenzutreten. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen dessen eingedenk sein, daß jeder Angriff auf die Republik und ihre Verfassung die Rechte und Freiheiten der deutschen Arbeiterpartei gefährden. Der Bundesvorstand ruft die Arbeiter auf, dem Bürgerrecht zu beweißen, daß alle Bestrebungen, die Republik zu stürzen, an dem einschlägigen Willen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterpartei scheitern werden.

Aus dem Steindruckgewerbe.

Dresden.
 Neue Lohnsätze für das Dresdner Stein-, Licht- und Blechdruckhilfspersonal, zahlbar ab 1. Februar 1925.

	Hilfsarbeiter	Erstinschreiber
Von 17 bis 19 Jahren	19,— M.	22,— M.
Bis 21 Jahre	22,50 M.	25,50 M.
Bis 24 Jahre, ledig	26,— M.	29,— M.
Bis 24 Jahre, verheiratet	28,50 M.	31,50 M.
Über 24 Jahre, ledig	30,50 M.	33,50 M.
Über 24 Jahre, verheiratet	33,— M.	36,— M.

Stein-, Licht- und Blechdruckansetzerinnen 22 M.
 Bogenfängerinnen*), Apparatführerinnen 21 M.

*) Solche Bogenfängerinnen, die auch Zwischenpapier bis 95/125 Zentimeter Format ziehen und einschleifen können.

	Hilfsarbeiterinnen
Von 17 bis 19 Jahren	13,25 M.
Bis 21 Jahre	16,75 M.
Über 21 Jahre	18,— M.

Für Bronzieren, Goldabreiben, Alufäben und Bindern, soweit diese Arbeiten an der Maschine ausgeführt werden, 7 Pf.; für Handbronzieren 10 Pf. pro Stunde Extrazuschläge.

Bestehende bessere Lohnverhältnisse dürfen durch diese Abmachung keine Verschlechterung erfahren.

Leipzig.

Am Mittwoch, den 11. Februar 1925 nahm die Steindruckergewerkschaft Stellung zu dem abgeschlossenen Lohnabkommen. Kaum so-
 bald der große Saal des Städtischen „Schlachthaus“ die Erschienenen. Der überaus gute Besuch ist wohl auf die Erregung ob des langen Hinhaltens der Prinzipale zurückzuführen. Auch die Verammlung, die acht Tage vorher in den „Grünen Schänke“ Stellung zu den Lohnverhandlungen nahm, machte einen imposanten Eindruck hinsichtlich des Zutruges. Die Stimmung über war so, daß lediglich die Disziplin unsere Kollonnenhaft vor unüberlegten Beschlüssen bewahrte. Was den Verammungen den eigenartigen Charakter verlieh, war die ernste Ruhe und nüchterne Sachlichkeit, mit der die Kolleginnen und Kollegen diskutierten. Kein Zweifel konnte hier bestehen, die Kollegenschaft war gewillt, den hingeworfenen Forderungen abzugeben.

Die Verammlung im „Schlachthaus“ hatte als Vetter den Kollegen Beyer und den Kollegen Grunert als Berichterstatter. G. führte u. a. aus: Das Bestreben der Prinzipale, keine Lohnhöhen, wenn möglich Abbau, lehnte der Lohnkommission den ordnungsmäßigen Widerstand entgegen. Die Warnung des DGB., bei Lohnforderungen nicht die Parole Gold, Index, Dollars, Friedenslöhne auszugeben, erwies sich nach Beendigung der offenen Inflation, ihre Berechtigung. Unter Zugrundelegung der miserablen Hilfsarbeiterlöhne der Vorkriegszeit proklamieren jetzt die Unternehmer die Forderung „Friedenslohn“. Auch sonst konnte man sagen, rechter Hand, linker Hand alles vertauscht. Die Inkongruenz der Argumentation der Gegner wird auch sonst noch drastisch beleuchtet durch die Behauptung einerseits, daß die Lage unseres Gewerbes nicht vergleichbar ist (nämlich dem Waiddruck), zum anderen aber, daß die Erfordernisse der Steindruckarbeiterpartei sehr wohl vergleichbar sind (nämlich mit Textil-, Metall- und anderen Arbeitern). Es zeigt sich, daß die jeweils ungünstigen Momente irgendwelcher Situationen unseres o.ä. anderer Gewerbe herhalten müssen, die Forderungen der Hilfsarbeiter abjutun. Da die Lohnkommission nicht annehmen konnte, daß die gesamte Prinzipalschaft das rigorose Vorgehen ihrer Verhandler beachtete, mußte die Organisation in die Defensive gehen. Um aber die an sich schon unbeschwangere Atmosphäre nicht unnötig zu vergiften, wurden die Prinzipale vorerst einzeln durch Brief von den Differenzen zwischen Angebot und Forderung unterrichtet. Nach einer stattgefundenen Prinzipalsversammlung, die nach uns gewordenen Mitteilungen mitunter recht kühnlich gewesen

Die Opium- und ihre Wirkungen auf den menschlichen Körper.

Von Dr. Georg Wolff.

III. (Schluß)

Wir wollen uns zum Schluß zwei Pflanzen zuwenden, die wohl zu den wichtigsten der gesamten Heilkunde gehören und zugleich als Giftpflanzen eine große Bedeutung haben. Das ist der gemeine Mohn und der Fingerhut; der erstere liefert uns die wegen ihrer schmerzstillenden Wirkung unerlässlichsten Morphinpräparate, der letztere die ebenso unerlässlichsten Herzmittel.

Der gemeine, aus dem Orient stammende Mohn (Papaver somniferum) enthält im eingeernteten Milchsaft der unreifen Samentöpfe, dem weltberühmten Opium, eine große Anzahl von Alkaloiden, deren bei weitem wichtigstes das Morphinum ist. Einige der übrigen wahren wir noch erwähnen, so das Kodelin, Norxotin, Laudanin, Thebain; von ihnen hat nur das Kodelin als sehr wirksames Hustenlinderungsmittel größere Bedeutung bekommen. Im Orient, in Indien und China wird der Mohn zur Opiumbereitung angebaut, aber auch in europäischen Ländern; freilich meist mit geringererem Erfolge. Bei uns werden die Samen des Mohnes für Speisgewürze benutzt; sie sind aller alligen Alkaloide frei, während sich solche im Milchsaft der Pflanze überreichlich finden. In den großen, hellroten bis weißen Blüten, den großen Fruchtgehäusen ist die Pflanze leicht erkennlich, zu deren Familie auch der leuchtend rote, auf unseren Getreidefeldern als Unkraut blühende Adermohn (Papaver rhoeas) gehört.

Da die übrigen Opiumalkaloide nicht alle im gleichen Sinne wie das Morphin, populär Morphinum genannt, wirken, ist man heute in der Medizin immer mehr dazu übergegangen, das reine Morphin an Stelle des Opiums zu verwenden. Das Morphin ist das anerkannt beste Mittel zur Schmerzlinderung und deshalb als Medikament unentbehrlich. Es ruft einen schlafähnlichen Zustand herbei, unterscheidet sich aber von anderen narkotisch wirkenden Mitteln, dem Chloroform und Aether und den sahnreichen w-
 rwanen Schlafmitteln, in charakteristischer Weise dadurch, daß es eine schmerzlinde Wirkung ausübt, lange bevor das Bewußtsein leidet. Es ruft in kleinen Dosen, in Mengen von einem Zentigramm, einen angenehmen Zustand der Mattigkeit hervor, befristet die schlimmsten Schmerzen, gleichviel welcher Herkunft sie sind, lindert den Menschen die Wirklichkeit vollständig vergessen und wiegt ihn in angenehme Träume, die ihn über vieles Erdenleid hinwegsetzen. Das ist gleichzeitig der Schlüssel dafür, daß der vielgeehrte Pflanzenstoff auch so unfähiges Gland angekräftigt hat. Wegen seiner narkotischen, schmerzbetäubenden Wirkung ist das Opium zuerst im Orient, dann in allen Ländern mehr mißbraucht worden als irgendein anderer Stoff. Zahlreiche Menschen haben sich kritisch dem Genusse des Giftes hingeben und sind seinen Fesseln meist nicht mehr entronnen. Denn es gehört ein ungewöhnlicher Aufwand von Energie dazu, um den Lösungen des heimtückischen Giftes, dessen veräuschende Wirkungen einmal gewonnen wurden, zu widerstehen. Scimitarisch ist das Opium vor allem deshalb, weil sich der Organismus schnell an das Gift gewöhnt.

Dosen, die anfangs eine volle Wirkung haben, sind später ohne Einfluß. Der einmal Morphinist gewordene Mensch greift daher zu immer größeren Quantitäten, um

sein unwiderstehliches Verlangen zu stillen, und gelangt zu Mengen die ihn geistig und körperlich allmählich aufreiben. Wirkt auf den normalen Menschen schon ein Dezigramm Morphin (0,1 Gramm) tödlich, so muß der Morphinist gewordene Mensch das Zehn- und Zwanzigfache und noch viel mehr zu sich nehmen, um eine Wirkung zu erzielen. Es versteht sich von selbst, daß er das auf die Dauer nicht straplos tut. Die Behandlung des Morphinismus ist deshalb äußerst schwierig, weil sich nach absoluter Entziehung des Giftes bei dem Kranken ein peiniger Morphinmangel mit so schweren Leidenerscheinungen einstellt, daß auch diese brisante Behandlungsart nicht oft zum Ziel führt. Ist im Orient und China fast jeder mehr oder weniger dem Genusse des Opiums ergeben, so sind bei uns vor allem die Menschen der Gefahr des Morphinismus ausgesetzt, die in ihrem Berufe viel damit zu tun haben; das sind vor allem Ärzte und Apotheker. Zufällig sind unter ihnen nicht wenige Morphinisten; sie bekommen das Gift mit Leichtigkeit, während andere Menschen es nur auf ärztliche Verordnung oder durch besondere Raffinements erhalten. Die ärztliche Kunst könnte ohne Morphin heute nur schlecht bestehen, die Morphinumpreise sind oft das letzte Hilfsmittel, um unerträgliche Schmerzen zu lindern. Gerade deshalb ist es aber so bedauerlich, daß durch den Mißbrauch dieses Naturstoffes auch so viel Schaden gestiftet worden ist.

Wir kennen nunmehr zur Beschreibung des Fingerhutes (Digitalis purpurea), einer Giftpflanze, die gleichfalls von allergrößter Wichtigkeit ist. Sie ist das klassische Heilmittel zur Behandlung der mannigfachen Herzkrankheiten, darin von keinem anderen Medikament übertrifft. Der rote Fingerhut kommt bei uns in Deutschland wild in abtägigen, waldreichen Gebieten vor und wird wegen seiner schönen Blütenstände auch als Zierpflanze angebaut. Die

In soll, kamen neue Verhandlungen zustande, die mit Mühe und Not das untenstehende Ergebnis zeitigten und dem die Kommissionsmitglieder zustimmte.

Die Versammlung war anderer Meinung. Das Ergebnis war ihr zu mager, was durchaus verständlich ist, wenn man Arbeit und Entlohnung des Steinbruchs und des Buchdrucks vergleicht. Bedinglich die Abschlussschritte der Organisation zu erhalten, ließ die Versammlung zustimmen.

Sie nahm folgende Entschlüsse an: Nach Abschluss der Tarifverhandlungen müssen die Vermittelten leider feststellen, daß die Prinzipale dem berechtigten Verlangen der Hilfsarbeiterschaft kein Verständnis entgegengebracht haben. Die Kollegenschaft bleibt weiterhin unter dem Buchdruck entlohnt. Wenn das verarmte Steinbruchs-Hilfspersonal dem Abschlusse zustimmt, so nur deshalb, um ihre Verhandler nicht zu desavouieren. Sie erwarten aber, daß die nächsten Verhandlungen den Wünschen der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen volle Befriedigung bringen.

Wohl ein schöner Beweis der geistigen Höhe der Leipziger Kollegenschaft. Ein unbedachtiger Angriff der letzten Zeit auf die Lohnkommission gab Anlaß, eine zweite Resolution, die ein Vertrauensvotum darstellt, ebenso wie die erste einstimmig anzunehmen.

Sie lautet: „Die Verantr. n nehmen den Bericht ihrer Lohnkommission entgegen. Sie erkennen die schwierige Lage der Verhandler an. Eine reifliche Befriedigung wäre nach Lage der Döhne der übrigen Arbeiterschaft zweifelhaft und nicht ohne große Opfer möglich gewesen. Die Maßnahmen der Organisation, die ohne einen Schwereitreich einen annehmbaren Erfolg brachten, waren die richtigen.“

In dem Sinne spricht die Versammlung der Lohnkommission ihr volles Vertrauen aus. Mit dem Hinweise, die Organisation durch eifriges Mitarbeiten aller Mitglieder zu unterstützen und damit den Erfolg zu erweitern, bis die Ziele des Verbandes erreicht sind, schloß Kollege Bayer die bis zum Schluß überfüllte geliebte Versammlung. Folgende Löhne haben ab 13. Februar 1925 Gültigkeit.

	Steinschleifer	Hilfsarbeiter
über 24 Jahre, verb.	88.— Mtl.	88.— Mtl.
24 Jahre, ledig	85.— „	85.— „
von 21—24 Jahren, verb.	81.— „	80.— „
21—24 „ ledig	79.— „	78.— „
19—21 „ verb.	27,90	26,50
19—21 „ ledig	25,80	24,75
17—19 „	23.—	21,50

Zinnschleifer erhalten dieselben Mindestlöhne und Zulagen.

	Anlegerinnen	Hilfsarbeiterinnen
Notar-Anlegerinnen	25.— Mtl.	über 20 Jahre 20.— Mtl.
Apparatführerinnen	24,25 „	b. 18—21 „ 19,25 „
Anlegerinnen	24,25 „	17—18 „ 14,50 „
Buchdruck-Anlegerinnen	21,25 „	
Auslegerinnen ab 18 J.	22.— „	
unt. 18 „	18.— „	

Bisher gratulie Leistungen zu Zulagen werden durch dieses Abkommen nicht berechnet.

Nürnberg-Fürth.

Wenn wir im Steinbruch Forderungen stellen, dann müssen wir uns jederzeit auf allerlei Uebertragungen gefaßt machen. Diesmal erweilten wir auf unser Schreiben die Antwort: Es sei unzulässig, zur jetzigen Zeit in Lohnverhandlungen einzutreten, weil seit dem letzten Abschlusse, Ende November, eine Verteuerung der Lebenshaltung nicht eingetreten sei. Also Verhandlungen gibt es nicht, und damit müßte eigentlich die Sache erledigt sein, nach der Meinung des Herrn Syndikus. Unsere Kollegenschaft verstand aber derartige „Schere“ nicht und forderte, nachdem die Organisation ausgeschaltet war, selbst Zulagen. Es stellte sich die merkwürdige Tatsache heraus, daß von den Schutzverbänden unsere Leute wieder an den Verband verwiesen wurden, der einzig und allein zuständig sei. Auch betonten alle Prinzipale, daß sie von einer Ablehnung der Lohnverhandlungen nichts wüßten. Ueberstundenverweigerung, Unterhaltung von Versammlungen im Betrieb, erregte Unterhaltungen, und die Androhung der Kündigung waren das Fazit des selbständigen Vorgehens. Bis der Bandesführer eintrifft, bei dem sich der Geschäftsführer des Schutzverbandes über angebliches, unartikulisches Verhalten des Hilfspersonals Besorgnis hatte. Im Verhandlungsrat nicht zu erschweren, wurden die Kampfmaßnahmen auf der ganzen Linie eingestellt. Der nachstehende Schiedspruch fand bei beiden

Parteien Annahme. Eine Bindung auf längere Zeit ist nicht vorgesehen, so daß die tarifliche Bestimmung in Anwendung kommt, nach der beide Teile die Lohnsätze mit 14tägiger Frist kündigen können. Die Mitglieder im Steinbruch ersehen aus dieser Bewegung wieder einmal, daß nur vereinte Kraft etwas schafft, darum alle hinein in den Verband.

Mindestlöhne im Nürnberg-Fürther Steinbruch ab 7. Februar 1925.

	Stein-Zinnschleifer und Steintransporteure über 24 Jahre	34,50 Mtl.
von 21 bis 24 Jahren	29,85	29,85
von 18 bis 21 Jahren	24,15	24,15
von 16 bis 18 Jahren	19.—	19.—
Hilfsarbeiter und Stichtäger über 24 Jahre	31,05	31,05
von 21 bis 24 Jahren	25,90	25,90
von 18 bis 21 Jahren	22,45	22,45
von 16 bis 18 Jahren	17,25	17,25
Anlegerinnen jeden Alters	20,05	20,05
Fingerinnen jeden Alters	19.—	19.—
Dieherinnen jeden Alters	17,25	17,25
Golbau-Fingerinnen über 21 Jahre	20,05	20,05
von 18 bis 21 Jahren	17,25	17,25
von 16 bis 18 Jahren	14,70	14,70
Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre	16,75	16,75
von 16 bis 21 Jahren	14,70	14,70
von 16 bis 18 Jahren	12,95	12,95

Anlegerinnen an Offsetpressen erhalten pro Woche 1,80 Mark Zuschlag. Jugendliche unter 16 Jahren, soweit sie an der Maschine oder als Golbau-Fingerinnen beschäftigt werden, erhalten die Tariffätze der betreffenden Berufsgruppe bzw. der untersten Altersstufe. Für jede über 48 Wochenstunden bis 53 Wochenstunden geleistete Mehrstunde ist ein Zuschlag von 20 Proz. zum 48. Teil des Wochenlohnes zu zahlen.

Aus den Zahlstellen.

Frankfurt a. M. Ordentliche Generalversammlung am 5. Februar im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Der Vorsitzende, Kollege Raab, bewahrte eingangs der Tagesordnung, daß von 1200 Mitgliedern nur etwa 400 der heutigen Versammlungseinsiedlung gefolgt sind. Wenn die Kollegenschaft von der Ortsverwaltung verlange, daß diese die Interessen der Kollegenschaft vertrete, so müßte die Ortsverwaltung auch andererseits von der Mitgliedschaft verlangen, daß diese so wichtige Versammlungen, wie die heutige, besuche. Die heute erschienenen Kolleginnen und Kollegen möchten auf ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einwirken, daß in Zukunft der Versammlungsbesuch ein besserer werde. Hierauf erwiderte Kollege Raab den Jahresbericht. Das Geschäftsjahr 1924 war für unsere Kollegenschaft weit besser als seine Vorgänger. Zwar waren auch die ersten Monate wegen der schlechten Konjunktur noch sehr ungünstig. Sie brachten auch unserer Zahlstelle große Arbeitslosigkeit. In dieser Zeit zeigten die Unternehmer ihr wahres soziales Verhältnis. Sie hielten die Zeit für gekommen vom Reichshilfsarbeiterentwurf zurückzutreten. Ihrem Manöver hatten die Unternehmer jedoch wenig Glück. Unsere Tarifverhandler und der Verbandsvorstand waren in der Lage, ihren Angriffen wirksam zu begegnen, dem ersten schlechten Tarifabschlusse im Februar folgten andere bessere. Durch Lohnverbündnisse im Laufe des Geschäftsjahres hat unser Verbandsvorstand wie auch die Tarifverhandler die Interessen der Kollegenschaft auf das energischste vertreten, so daß wir am Schluß des Jahres mit unseren Löhnen wenn auch nicht zufrieden sind, so doch im Vergleich mit den Löhnen anderer Berufe vollsatt bestehen können.

Im Gegensatz zu den Verhandlungen für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal fanden die Verhandlungen für das Steinbrucherhelferspersonal stillst. Der scharfmacherische Geist bei den Unternehmern im Steinbruch steht dem Unternehmer im Buchdruck nicht nach. Auch im Steinbruch wurde des Bitteren versucht uns nachzuweisen, daß wir wieder zu den Friedensdionnen zurückkehren müßten. Alle dahinjehenden Verläufe der Unternehmer wurden zurückgewiesen. Dank der guten am Ort befindlichen Organisation war es bisher immer möglich, höhere Löhne für das Steinbrucherhelferspersonal, als der Reichstarif für das Buchdruckhelferspersonal zu vereinbaren.

Für unsere Kollegenschaft in den Schriftgießereien ist beste Arbeit geleistet worden. Die Schriftgießereibesitzer haben bei allen Verhandlungen verfaßt, den Schriftgießereibesitzern und -arbeiterinnen die Löhne des Metallgewerbes aufzuzwingen. Dank der guten Organisation bei der Kollegenschaft im Schriftgießereigewerbe haben wir diese

Verläufe bisher immer abgewehrt und hoffen bestimmt, dies auch für die Folge tun zu können. Verbandsvorstand und Ortsverwaltung waren im vergangenen Jahre reichlich mit Arbeit bedacht, in ihrem Bestreben, der Kollegenschaft zu dienen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, sind beste Erfolge erzielt worden.

Auch unter unserer Kollegenschaft haben wir tüchtige Gewerkschafter, die ihre volle Pflicht der Organisation gegenüber erfüllen. Die Untertassierer und die Vertrauensleute haben anstrengende Arbeit im vergangenen Jahre geleistet. Es gibt aber noch eine große Anzahl Mitglieder, die da glauben, wenn sie ihren wöchentlichen Beitrag gezahlt hätten, dann wäre die ganze gewerkschaftliche Tätigkeit für sie erledigt. Das genügt nicht, jeder muß sich auch aktiv an den Arbeiten der Organisation beteiligen. Wenn der Ruf erteilt, ein Amt als Untertassierer oder als Vertrauensperson anzunehmen, dann soll und darf niemand ablehnen. Die Verbandszeitung darf nicht achlos beiseite gelegt werden, denn dafür ist sie zu schade. Die „Solidarität“ steht in ihrer Schreibweise auf einer Höhe, daß sie von allen Mitgliedern gelesen werden muß. Auch die graphischen Mitteilungen dürfen nicht im Bureau liegen bleiben. Die Beiträge sind pünktlich an die Untertassierer jede Woche zu zahlen. Eine Selbstverständlichkeit ist es, daß alle Versammlungen seitens der Kollegen und Kolleginnen besucht werden. Wer alle diese Ratsschlüsse befolgt, der kann erst von sich behaupten, ein tüchtiger Gewerkschafter zu sein. Wir haben für die Folge keine Ursache, die Hände in den Schoß zu legen. Die Unternehmer sind auch fernherhin bemüht, die Rechte der Arbeitnehmer zu beschneiden. In Nummer 9 der „Zeitschrift“ heißt es: „Der Reichshilfsarbeiterentwurf ist, solange er besteht, das Schmerzkind des Deutschen Buchdrucker-Vereins gewesen. Der Schiedspruch des Zentral-Schiedsrichtungsamts und der daraufhin erfolgte Neuausschluß des Tarifs wird hier und da nicht große Freude erwecken. Die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Vereins hat nach langen und reiflichen Ueberlegungen den Schiedspruch angenommen, da für die Allgemeinheit des Buchdruckergewerbes ein Reichshilfsarbeiterentwurf einigtens für die Zeit nicht zu umgehen ist.“ Aus diesen kurzen Ausführungen der „Zeitschrift“ geht mit Sicherheit hervor, daß die Unternehmer weiterhin bemüht sein werden, entweder vom Reichshilfsarbeiterentwurf loszutommen oder aber einen wesentlichen Abbau der Löhne und Ferien durchzusetzen. Deshalb hat jedes Mitglied dafür zu sorgen, daß wir auch fernherhin für die Folge eine gute starke Organisation und ein diszipliniertes Kollegenschaft in der Organisation haben. Der Verbandstag findet in diesem Jahre in Hamburg statt. Auch hier gibt es Vorarbeiten zu leisten. Nachdem der Kollege Raab noch allen Funktionären des Verbandes den Dank der Organisation für ihre mühevolle Arbeit im vergangenen Jahre ausgesprochen hatte, schloß er seinen Bericht, bei dem Beifall aufgenommen wurde.

Der Kassierer Kollege Czempin gab hierauf den Jahreslohnbericht, dem folgendes zu entnehmen ist: Die Gesamteinnahmen der Hauptkasse betragen 24706,20 Mtl. Die Gesamtausgaben einschließlich der gezahlten Arbeitslosenunterstützung 5618,25 Mtl., so daß an die Hauptkasse 19087,95 Mtl. gelangt werden konnten. Die Gesamteinnahmen der Beihilfeskasse betragen 8117,31 Mtl., die Gesamtausgaben 7109,91 Mtl. Am 1. Januar 1925 war ein Kassenbestand von 1017,40 Mtl. vorhanden. Am Schluß des Jahres 1923 waren vorhanden 916 Mitglieder, am Schluß des vierten Quartals 1924 waren vorhanden 1172 Mitglieder, mithin eine Zunahme von 256 Mitgliedern.

Kollege Raab beantragte im Namen der Revisoren, dem Gesamtvorstand Entlastung zu erteilen. In der hierauf folgenden Diskussion wurde von allen Rednern anerkannt, daß sowohl der Verbandsvorstand, die Tarifverhandler und der Ortsvorstand im vergangenen Jahre ihre volle Pflicht der Kollegenschaft gegenüber erfüllt haben, daß ihre Tätigkeit anerkannt werde und ihnen hierfür Dank gebühre. Dem Ortsvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die hierauf vorgenommene Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Kollege Raab als erster und Kollege Kieckmann als zweiter Vorsitzender und Schriftführer; Kollege Czempin als Kassierer; die Kollegen Raab und die Kollegin Niedmeyer als Beisitzer. Als Vorstandsmittglieder für die Abteilung der Schriftgießereien wurde Kollege Brey und die Kollegin Laß gewählt, die auch gleichzeitig im Vorstand des Schriftgießereivereins sind. Als Revisoren wurden die Kollegen Baumann und Raab wiederholt bestätigt, als Kartellbeauftragte die Kollegen Czempin und Hüttig.

Demnach erstattete Kollege Raab Bericht über die Tarifverhandlungen im Buch- und Steinbruch. Er gab ein Bild von den Verhandlungen und zeigte an Hand der Anträge der Prinzipale, was eigentlich beabsichtigt gewesen sei. Es sei gelungen, die Verschlechterungsanträge der Unternehmer abzuwehren und noch wesentliche Verbesserungen in den jetzigen Tarif hineinzunehmen. Am Steinbruch hätten ebenfalls Verhandlungen stattgefunden, die zur Erneuerung des Tarifs geführt hätten. Es sei auch hier gelungen, den beabsichtigten Lohnabbau abzuwehren und auch weiterhin einige Verbesserungen gegenüber dem Buchdruck zu erhalten. Die Lohnverhandlungen für das Schriftgießereigewerbe stehen bevor, das bisherige Lohnabkommen sei auf den 28. Februar gekündigt und gefordert sind 10 Proz. Lohnzuhalte. Gleichzeitig komme im März der Accordtarif zur Beratung. Es sei deshalb notwendig, daß sich unter den Teilnehmerinnen jetzt schon eine Kommission bilde, um entsprechende Anträge zum Teilnehmerinnen-Accordtarif auszuarbeiten.

Über diesen Bericht setzte eine lebhafte Diskussion ein, in der das Verhalten der Unternehmer scharf unter die Lupe genommen wurde. Wenn auch das Lohnabkommen wie auch der Reichstarif lange nicht den Wünschen der Kollegenschaft entsprechen so ist doch dem Verbandsvorstand bei den Tarifverhandlungen zu danken für ihre mühevolle Arbeit, da es ihnen gelungen sei, die Verschlechterungen abzuwehren und teilweise doch noch Verbesserungen in den Tarif aufzunehmen. In der Ferienfrage solle der Verbandsvorstand weiter unermüdet tätig sein, damit hier auch für die Hilfsarbeiterschaft eine Gleichstellung mit den Gehilfen Platz greife. Nach einem Schlußwort des Kollegen Raab wurde die sachlich verlaufene Versammlung geschlossen.

Collega. Betrachtungen zur letzten Mitgliederversammlung. Wie schon in Nr. 6 der „Solidarität“ veröffentlicht, nahm die Leipziger Mitglied-

weren allem in den Blättern enthaltenen, wirksamen Stoffe über ihren Einfluß hauptsächlich auf die Herzstätigkeit aus, sie ruhen in geringer Dosis Pulsverlangsamung und zugleich Erhöhung des Blutdruckes hervor, indem sie die Schlagkraft des Herzens verbessern. Dadurch wird von dem getragenen Herzmuskel das Blut mit größerer Energie durch den Kreislauf getrieben, werden Blutströmungen, an denen Herzkranken so oft mit allen Folgen scheitern, wie Klemm, Wasserstauung usw. leiden, aufgehoben und eine normale Herzstätigkeit wieder herbeigeführt. Freilich müssen die me im wesentlichen Mengen sorgsam erwohnen werden; denn ein Zuviel kann leicht einen nicht mehr reparablen Schaden machen. Dann kommt es zur Digitalisvergiftung, die durch völlig regellose Herztätigkeit charakterisiert ist, schließlich zum Herzstillstand und damit zum Aufhören der Lebensstätigkeit. Während man die wirksamen Substanzen der vorher genannten Giftpflanzen größtenteils kennt, die chemische Natur vieler von ihnen, etwa des Atrovins und Stopealmins, des Nitroins, des Morphins, durch eine Reihe ausgedehnter Arbeiten aufgedeckt hat, besteht über die wirksamen Substanzen der Digitalisblätter noch keine Gewißheit. Trotzdem sich Pharmakologen und Chemiker große Mühe gegeben haben, die für die Heilwirkung so ungemäßen wichtigen Stoffe zu erforschen, ist man noch nicht zu einem einseitigen Resultat gekommen. Nebenher wie im Opium sind auch in den Digitalisblättern mehrere Stoffe für ihre große Wirksamkeit aus den Organismen verantwortl. zu machen. Einige von ihnen, wie das Digitalin, gehören ebenfalls zu den heftigst wirkenden Substanzen, die wir besitzen. Darum muß auch bei der medikamentösen Verabreichung des Arzneimittels, das für das große Meer der Herzkranken unerlässlich ist, größte Vorsicht walten. Da unsere Kenntnisse über des Wesen der wirksamen Digitalisstoffe noch nicht genügend geklärt sind,

wenden außer den fertigen Fabrikpräparaten häufig noch immer die Digitalisblätter, aus denen man Pillen oder einen Aufguss bereiten läßt, zum Arzt benutzt.

Wir wollen das Gebiet der Pflanzengifte damit verlassen, obwohl wir uns klar sind, längst nicht alle, wohl aber einige der wichtigsten Giftpflanzen und ihrer wirksamen Prinzipien in den Kreis unserer Betrachtung gezogen zu haben. Vielleicht hätte der Alkohol, auch ein Produkt des Pflanzenreiches und unter Umständen auch ein sehr verderbliches Gift, an dieser Stelle berührt werden können. Da aber die alkoholhaltigen Produkte als Genussmittel mehr als alle anderen in der zivilisierten und unzüchtigen Welt verbreitet sind, würde ihre Besprechung den Rahmen dieser Zusammenfassung erheblich übersteigen. Die akute Alkoholvergiftung, der Rauchgustand, und der chronische Alkoholisimus, der sich in Gehirn- und Nervengenerationen, in Leber- und Herzkrankheiten und manchem anderen noch bemerkbar macht, sind leider bei uns so verbreitet, daß wir diese Zustände meist nicht mehr als die Folgen eines Giftes aufzufassen gewohnt sind. Das ändert an der Tatsache aber nichts. Freilich haben die alkoholischen Getränke auch als Genussmittel eine nicht zu unterschätzende Bedeutung; sonst wären sie nicht seit Menschengedenken im Gebrauch der Völker. Erst der Mikrobizid, der mit ihrem Genuß getrieben wird, entbehrt sie ihres Wertes und macht sie zu gefährlichen Feinden unserer Volksgesundheit.

Erwähnen wollen wir kurz noch die Batterien-gifte, die eigentlich auch zur Gruppe der Pflanzengifte gehören. Die von diesen einzelligen Pilzen produzierten Gifte oder Toxine sind nicht selten von verderblichem Einfluß auf des Vhergehen unseres Körpers; sie erzeugen die mannigfaltigsten Intoxikationstrahtheiten, auf deren Wesen hier nicht näher eingegangen werden soll.

schafft nach dem Verlauf der Diskussion über den abge- schlossenen Tarifvertrag nachstehende Resolution an: „Die Verammelten erachten das Ergebnis der Verhandlungen für zu mager, als daß die Wünsche der Hilfsarbeiter verflummen sollten. Es werden bestrebt sein, während der Dauer des Tarifs alles zu tun, um eine Grundlage für eine nachdrückliche Vertretung ihrer Forderungen zu schaffen. In Anbetracht der Verhältnisse spricht die Verammlung ihren Bekämpfern volles Vertrauen aus.“ Die Darlegungen des Kollegen Beyer waren oft unter großer Unruhe der Ver- sammlung gegeben. Speziell die Taktik der Unternehmer, den Tarifabschluß zu verzögern, wenn nicht gar zu ver- hindern, tief große Empörung hervor. Auch das überaus „feine“ Verständnis der drei Herren Unparteilichen für die Lage der Hilfsarbeiterschaft brachte erregte Zwischenrufe. Es scheint den Hilfsarbeitern und dem Berichterstatter, daß der von Schlichterische Grundsatz „Druck auf die Industrie- lähne“ (lies auch: „Arbeitsverhältnisse“) Zeitfaden der drei Herren war. Auch die Prinzipale mußten einsehen, daß die ungeklärteste Annahme ihrer Ansprüche dem Gewerbe durch- aus abträglich ist, so daß es letzten Endes zu einer Verein- barung auf Grund des Schiedspruches kam. Groß wurde die Unruhe, als die geplanten Verschlechterungen für die Provinz bekannt wurden. Es scheint überhaupt, als ob die Provinzprinzipale unter dem Druck ihrer Stahlheimbrüder von Nr und Heim ihren unheilvollen Einfluß zur Geltung brachten. Die Verammlung zeigte deutlich, daß sie sich bewußt war, welche unheilvollen Folgen eine Verschlech- terung der Arbeitsverhältnisse in der Provinz für die groß- städtischen Arbeitsverhältnisse haben würden. Begrüßt wurde die Festlegung des Zeitpunktes der Aufstellung der Urteilsliste im § 10, wurden doch im vergangenen Jahre eine Reihe Kollegen um ihre wohlverdienten Rechte ge- bracht. Durch die Einfügung des Wortes „müßig!“ glauben sich die Syndici des DBB, eine Tür offengehalten zu haben, um diese Pessifogenheit weiter zu üben. Die Widerung im § 2 Absatz 9 kommt leider nicht ganz den Forderungen der tatsächlichen Verhältnisse nach, da auch diese vier Stunden einzuhalten nicht immer möglich sein wird. Die berechtigten Belange unserer Kollegen werden also zu- gunsten des Unternehmers hintangehalten. Die Arbeits- nachweistrage hat keine uns befriedigende Lösung gefunden. Darüber drohte die Verammlung ein vorzeitiges Ende zu nehmen, macht sich doch in den Betrieben jetzt eine uner- schämte Bettlernwirtschaft breit. Jeder sozialen Gerechtigkeit die Unternehmer unter Abweisung der Berufs- zugehörigen die Verwandten und Bekannten ihrer Günst- lichen ein. Aber auch der Arbeitsnachweis zeigt sich dem Begehren der Prinzipale zu willfährig (der Arbeitsnach- weiser ist der frühere Gauleiter Schulze). Die Kollegen- schaft brachte in der Diskussion unzuweilend zum Ausdruck, daß sie den wilden Einstellungen mit dem Bopst entgegen- treten würde, evtl. mit Arbeitseinstellung. Recht drastisch befochtete der Kollege G. die Ausführungen des Komiters Lindner, der die Kollegen vor der Annahme des Tarifver- trages warnte. G. sagte diesem unfreiwilligen Spähmacher: „Es kommt für die Opposition nicht darauf an, was man bringt, sondern wer es bringt. Bringt's der Bonze, ist es Mist, bringt es Lindner, dann ist's das Evangelium, denn der Wegfall der vielen Klassen ist doch eine Forderung der Komiters gewesen.“ Die Verbesserungen in den §§ 2, 4, 6, 7, 8, 9 sowie 10 wurden von der Kollegenchaft eingehend gewürdigt und anerkannt. Die Kollegenchaft versprach durch strenges Festhalten am Tarif und den Arbeiterschutzes für die Erweiterung der Grundtage des Tarifs Sorge zu tragen. War es doch der Leipziger Kollegenchaft schon lange zum Bewußtsein gekommen, daß jeder Tarifabschluß die berufsgesetzliche Festlegung des vorangegangenen Zu- standes (der sich aus dem Durchschnitt der Durchführung des alten Tarifs ergibt) bedeutet. Wenn auch die Kollegenchaft in Anbetracht der guten Konjunktur größere Hoffnungen gehegt hatte, so veranlaßte sie doch nicht, daß hinter dem DBB die gesamten Arbeitgeberverbände Deutschlands standen. Aus diesem Grunde sprach sie den Unterhändlern ihr Vertrauen aus und sie hofft durch die Organisierung und Durchbildung auch des letzten Kollegen den Boden zu schaffen für einen Tarif, der uns zweckdienlich scheint. In dem Bewußtsein, ehrenvoll die Tarifstampe abgeschlossen zu haben, ging die Verammlung auseinander.

C. B. N. G.

München. Jahresgeneralversammlung vom 4. Februar 1925. Vor Eingang in die Tagesordnung gedachte der Vor- sitzende der im Laufe des Jahres verstorbenen Kollegen und Kolleginnen, die von selten der Mitgliedschaft in der üblichen Weise geehrt wurden. Nach dem Verlesen des Protokolls gab Kollege Bauer den Kassenbericht, dessen Endergebnis Einnahmen von 31 037,— Mk., Ausgaben von 12 157,18 Mk. und einen Ueberschuß von 18 879,82 Mk. aufwies. Kollege Lehmeier sprach anschließend über das abgelaufene Geschäftsjahr und berichtete über den Abschluß des neuen Reichstatts für das Buchdruckgewerbe sowie über die Boh- nerhandlungen für das Hilfspersonal in den Münchener Steinindustrien. Dem Kassierer wurde für seine von den Revisoren in bester Ordnung befindenden Arbeit Dank ge- zollt und dem Vorsitzenden für seine Ausführungen, welche die Leistungen des Gesamtverbandes sowie der zahlreich- sten Rindgen in eindrucksvoller Weise würdigten, lebhafter Bei- fall gesendet. Die Neuwahlen ergaben: 1. Vorsitzender Frh. Lehmeier, 2. Vorsitzender Alb. Schmid, Schriftführer Richard Wagner, Beisitzer: Josef Koller, Leopold Herdogen und Anton Müller; letztere zwei neu gewählt. Revisoren: Gerstmeier wiedergewählt und Joh. Langhauser neugewählt. Unter Berücksichtigung wurde beschlossen, daß bei Streiks innerhalb unserer Berufsgruppen durch sofortige Bezahlung von Extrabeiträgen den Streikenden größtmögliche Unter- stützung zuteil werden soll. Mit der Aufforderung, auch weiterhin treu zum Verband zu halten und hierfür fröhlich zu werden, schloß der Vorsitzende in später Abendstunde die Verammlung.

Rundschau.

Ein Ferienheim für die Arbeiter des graphischen Ge- werbes. Im Ostseebad Graal in Mecklenburg ist durch die Arbeiterschaft der Reichsdruckerei ein prächtiges Heim geschaffen worden, das ausschließlich der Erholung für alle Kollegen und Kolleginnen dienen soll. Wer seine Urlaubs- tage an der See verbringen will, sollte nicht zögern, von dieser gemeinnützigen Einrichtung Gebrauch zu machen. Das Ostseebad Graal hat schöne landschaftliche Umgebung, der

steinfreie Strand liegt vom Heim, das modern und mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet ist, nur 10 Minuten entfernt. Herrliche Saubwälder laden zu ausgedehnten Wanderungen ein. Für gute und ausreichende Verpflegung ist in diesem Haus der Arbeiter, das von Berufskollegen verwaltet wird, aufs beste gesorgt. Der Pensionsbesitz ist so bemessen, daß er für jeden Kollegen erschwinglich ist. Er beträgt täglich 4,50 Mk. bis 5 Mk. und schließt alles (Zimmer, Verpflegung, Bedienungsgeld) ein. Für die Hauptreisezeit sind noch Zimmer frei. Wir können nur jedem Kollegen und jeder Kollegin, die gewillt sind, sich wirklich zu erholen, raten, schleunigt ihre Anmeldung beim Kollegen Alfred Marx, Berlin, Reichsdruckerei, Oranienstr. 90/91, zu bewirken. Sie werden bestimmt in Graal frohe und sonnige Tage erleben. Das Heim ist während des ganzen Jahres geöffnet.

Die Lohnvereinbarungen bei den Buchbindern sind nach vielen Schwierigkeiten zum Abschluß gekommen. Mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer wurde der Spitzenlohn auf 80 Pf. für jährlich für die Zeit vom 19. Februar bis einschließlich 27. Mai festgesetzt. Das Lohnabkommen kann 14 Tage vorher kündigt werden, ge- schieht dies nicht, so läuft es vier Wochen weiter, jedoch nicht über den 30. Juni 1925 hinaus. Der Zuschlag für Mehrstunden beträgt für die 49. bis 53. Stunde 12½ Proz.

Mit den Api-Verbänden kam eine freie Verein- barung nicht zustande. Ein Schiedsgericht im Reichsarbeits- ministerium mußte einschreiten. Auch hier wurde der höchste Stundenlohn auf 80 Pf. für die Zeit vom 26. Februar bis 1. Juli 1925 festgesetzt bis zum gleichen Datum das be- stehende Arbeitszeitabkommen verlängert.

Für die Kartonnagenindustrie fanden am 5. Februar Lohnverhandlungen in Leipzig statt. Gefordert war ebenfalls ein Sechshundstenlohn von 80 Pf. Es kam schließlich zu einer Vereinbarung, nach der das bestehende Lohnabkommen bis 28. Februar verlängert wurde. Vom 27. Februar bis 2. April erhöht sich der Lohn auf 70 Pf. und vom 3. bis 30. April auf 72 Pf. Das Arbeitszeit- abkommen wurde bis 30. April verlängert.

Für die Glaserarbeiter konnte bisher noch kein neues Lohnabkommen vereinbart werden. Doch sind in einzelnen Betrieben Lohnbewegungen mit Erfolg durch- geführt worden. In Ebersberg und Rathenow wurden die Belegschaften durch die Unternehmer gezwungen, in den Ausland zu treten. Verhandlungen haben trotz größten Entgegenkommens des Buchbinderverbandes noch keinen Erfolg gehabt. Die Stimmung der Streikenden ist vorzüg- lich, so daß auch hier trotz des Widerstandes der Unter- nehmer, die sogar Abbaugesuche haben, mit einem guten Ausgang des Kampfes gerechnet werden kann.

Die genossenschaftliche Aufgabe der Hausfrau. Nach Professor Wagnobinst werden um 60 Proz. des gesamten deutschen Volkseinkommens von den Hausfrauen aus- gegeben. Das ist der Durchschnitt. In entkommensschwachen Familien ist der Prozentsatz viel höher, das heißt, daß der Prozentsatz bei der Masse der niedrigeren Einkommen sehr hoch ist. Dieser Satz zeigt uns einmal, welche Rolle die Frau in der Wirtschaft spielt und in welchem Maß ein ge- sunder hausvaterlicher Sinn der Frau die gesamte Wirt- schaft zu beeinflussen vermag. Eine große Zahl der Frauen sind sich des Wertes ihrer Hausarbeit in der Volkswirtschaft gar nicht bewußt. Sie kennen nur die Sorgen der Familie und wagen kaum Veranstaltungen zu befehlen, in denen Wirtschaftspragen besprochen werden, noch seltener, ent- sprechenden Stoffoff zur Hand zu nehmen. Der Mann unterläßt es sehr oft, seine Frau mit den wichtigsten wirt- schaftlichen Dingen vertraut zu machen, und so ist es möglich, daß alle Arbeiten des Mannes in den einzelnen Organiza- tionen durch das unkluge Handeln der Frau untergraben werden. Wo Zusammenfassung sein sollte, ist Zersplitterung, besonders groß auf dem Gebiete der Verwendung der Kauf- kraft. Es ist aber an der Zeit, Vernunft wollen zu lassen. Die Frauen haben in der Konsumgenossenschaftsbewegung ihr Betätigungsfeld, an ihnen selbst wird es liegen, zur Er- ziehung und Aufrüstung der Frau beizutragen, sie aus dem engen Kreis der Familienwirtschaft in die Gemeinwirtschaft einzuführen, was zunächst treue Genossenschaftlerinnen er- fordert.

Die Vereinigung der Buchdrucker mit den graphischen Hilfsarbeitern ist bei den betreffenden Verbänden in der Schweiz vorgehen. Die Vorstände der beiden Organi- sationen sind übereingekommen, eine Urabstimmung am 27. März über die Verschmelzung vorzunehmen. Besondere Schwierigkeit macht die Vereinigung von Gehilfen und Hilfsarbeitern deshalb, weil graphische Hilfsarbeiter und Papierarbeiter in einem Verbande organisiert sind und die Papierarbeiter zu einer anderen Organisation übertreten müssen. Man erwartet aber trotzdem, daß sich die Mit- glieder unserer Bruderorganisation für die Verschmelzung entscheiden werden.

Die Volkswirtschaft darf mit Steuern nicht weiter be- lastet werden. In den wiederholten Erklärungen des Reichs- finanzministers der Reichsregierung und auch in verschie- denen antilichen Denkschriften wird zum Ausdruck gebracht, daß die Erhöhung der Steuern beziehungsweise Einführung von neuen nicht zu verantworten sei, da die heute bereits übergroße Belastung der Volkswirtschaft beziehungsweise des Nationaleinkommens — es nämlich 8 bis 9 Milliarden Mark für Steuergewinne vom Nationaleinkommen abgezweigt werden — nicht noch weiter erhöht werden darf. Mit diesem Argument begründete der Finanzminister in seiner Programmrede die Unterlassung neuer Steuerzuschläge. Hier liegt aber eine verhängnisvolle und offenkundig be- schäftigte Verschleierung vor. Denn ganz abgesehen davon, daß die richtig verwendeten Steuern in die Volkswirtschaft zurückfließen, dieser also nicht entzogen werden — die Reparationssteuern gehören auf ein anderes Blatt! — handelt es sich nicht um die absolute Erhöhung der Steuer- erträge, sondern um die gerechte Verteilung der- selben Steuerlast. Falls die Einkommensteuer auf große Einkommen, die Vermögens- und die Erbschaftsteuer, die Grundrentensteuer, erhöht werden, so braucht dies nicht eine größere Steuerbelastung der Volkswirtschaft zur Folge zu haben, wenn demgegenüber die Lohnsteuer und andere, die besitzlosen Klassen drückenden Steuern herabgesetzt werden. Man soll daher nicht von Volkswirtschaft und National- einkommen reden, wo es sich einfach um ein Vertei- lungproblem handelt, nämlich darum, welche Schichten die Lasten tragen sollen.

Abrechnungen.

Vom 9. bis 14. Februar gingen folgende Beträge bei der Hauptkasse ein:

- Gau 1: Bielefeld 403,50 Mk.
- Gau 2: Frankfurt a. M. 479,30 Mk.
- Gau 3: Stuttgart 6000 Mk.
- Gau 7a: Breslau 2200 Mk.
- Gau 9: Hannover 745,24 Mk.
- Gau Danzig: 1004,35 Mk.

Schlußabrechnungen des 4. Quartals kamen aus Biele- feld für Gau 1, Frankfurt für Gau 2, Hannover für Gau 9 und Hamburg für Gau 10.

Berlin, den 14. Februar 1925.

S. Sodahl

Literatur.

- Die Frauenwelt erscheint 14tägig. Ausgabe A ohne Schmitz, 40 Seiten 30 Pf. Ausgabe B mit vollständigen Schmitz, 40 Seiten 40 Pf. Die Frauenwelt kann von allen An- gebungen und Bestellungen bezogen werden. Jedes Heft enthält eine fünf bis sechsseitige Modelka, jedes zweite Heft die Zeilung „Ainberland“.
- Die Weltanschauung. Internationale Zeitschrift für Sozialismus und Politik. Herausgeber: Dr. Ad. Hülsmann. Erscheint monatlich. Jährlicher Verkaufspreis 14 Mk., einschließlich 3,00 Mk. Verlag: F. S. B. Dieb Nachfolger, Berlin, Lindenstr. 3.

Achtung! Voranzeige Achtung!

GAU LEIPZIG.

Unsere diesjährige

Generalversammlung

findet am

Freitag, den 17. März 1925

nach Geschäftsfluß, im großen Saale des Schloßkeller

statt. Laut Beschluß der letzten Versammlung müssen alle Betriebe prozentual ihrer Mitglieder in der Versammlung vertreten sein. Die entsprechenden Mandatsausweise werden den Funktionären im Bureau ausgehändigt.

Alle Anträge müssen schriftlich späte- stens bis zum Freitag, den 27. Februar, im Bureau eingegangen sein. Später eingegangene Anträge können unter keinen Umständen Berücksichtigung finden.

Achtung, Funktionäre!

Die vorangehende

Funktionärliste

findet nach Geschäftsfluß am Mittwoch, den 11. März 1925 ebenfalls im Schloßkeller im kleinen Saal statt.

Selbstverständliche Pflicht ist das Erscheinen jedes Funktionärs, wenn er es wirklich ernst mit der Vertretung seiner Belegschaft nimmt.

Die Ortsverwaltung.

J. A.: Walter Beyer, Vorf.

Unsere lieben Kollegin Frida Bartel zu ihrer Ver- mählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Brandenburg.

Am 4. Februar 1925 in den Nachmittags- stunden verstarb infolge eines Herzschlages unser langjähriges Vorstandsmitglied und Vorsitzender

Herr Buchdruckerbesitzer

Arthur Scholem

Seit dem Jahre 1894 gehörte der Ver- storbene dem Vorstand unserer Kasse an und hat während dieser langen Zeit mit regstem Interesse und großem Verständnis als Vor- sitzender und als stellvertretender Vor- sitzender die Interessen unserer Kasse auf das wärmste wahrgenommen. Sein reiches Wissen und seine unermüdete Arbeitskraft hat er nicht nur in den Dienst unserer Kasse allein gestellt, sondern wurde auch sehr oft vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen und vom Verband der Krankenkassen Berlins bei Lösung allgemeiner Fragen für die Krankenversicherung in Anspruch genommen. Für diese aufopfernde Arbeit ist ihm der dauernde Dank aller Anxhörigen unserer Kasse sicher.

Berlin, den 5. Februar 1925.

Der Vorstand und das Personal der Ortskrankenkasse für das Buch- druckgewerbe zu Berlin

STERBETAFEL

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Minna Schreiber

(i. Ga. Dresdner Anzeiger) plötzlich verstorben ist. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr.

Die Wittelschaft Dresden.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulze, Charlottenburg, West- schloßstraße 16. Fernruf: 3111. Berlin 1925. Verlag: S. Sodahl, Charlottenburg. — Druck: Wöhrdte-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68.